In der Senatssitzung am 26. Januar 2021 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

20.01.2021

L 2

Vorlage für die Sitzung des Senats am 26.01.2021

„Ist die stationäre Pflege für Schnelltests und Impfungen gerüstet?“

(Frage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der SPD hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Wie viele stationäre Pflegeeinrichtungen haben von Corona-Schnelltests Gebrauch gemacht und wie viele Bewohner*innen, Pflegenden und Mitarbeiter*innen sind bisher getestet worden?
2. Hat der Senat Kenntnis darüber, inwieweit ausreichend Schnelltests und entsprechend fachkundiges Personal für alle Häuser zur Verfügung stehen?
3. Wie wird für die Bewohner*innen der stationären Pflegeeinrichtungen der Zugang zu den freiwilligen Impfangeboten gewährleistet?“

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu den Fragen 1 und 2:

Bis zur 23. Corona-Verordnung des Landes Bremen oblag es den Einrichtungen selbst, wie häufig sie die Testungen durchführten. Es liegen deshalb keine genauen Angaben über die Anzahl der getesteten Personen vor. Es gab aber die Möglichkeit, sich die Kosten für die PoC-Antigen-Schnelltests von der Pflegeversicherung erstatten zu lassen, wenn ein von den Gesundheitsämtern genehmigtes einrichtungsbezogenes Testkonzept vorlag. Nur einige wenige Einrichtungen haben davon keinen Gebrauch gemacht.

In der 23. Corona-Verordnung wurde zum 16. Dezember 2020 eine zweimal wöchentliche Testung des gesamten Personals in stationären Pflegeeinrichtungen verpflichtend eingeführt. Die Träger sind verpflichtet, diese Testungen selbst zu organisieren und zu dokumentieren.

Mit einem Beschluss der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten vom 5. Januar 2021 sind Bund und Länder aufgefordert, mehrmalige wöchentliche Schnelltests in den Einrichtungen der Altenpflege zu unterstützen. Die Träger hatten zeitgleich der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport ein Konzept mit der Bitte um Unterstützung vorgelegt. Daraus geht hervor, dass die mehrmals wöchentliche Testung die meisten Einrichtungen überfordert und dies nur durch kaum noch zumutbare Mehrarbeit und Leiharbeit zu schaffen sei.

Um die Einrichtungen bei der Durchführung der Schnelltests zu unterstützen, hat die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport für die Stadt Bremen mobile Testteams organisiert.

Das betrifft ca. 5.000 Beschäftigte und 92 Einrichtungen der Altenpflege. Bei der Unterstützung handelt es sich um ein zeitlich befristetes Angebot. Die Pflegeeinrichtungen sollen damit die notwendige Zeit gewinnen, um die regelmäßige Testung eigenständig organisieren zu können. In einem zweiten Schritt soll geprüft werden, wie in den vorhandenen stationären Testzentren weitere Testmöglichkeiten für Beschäftigte und für Besuchende geschaffen werden können.

Zu Frage 3:

Die stationären Pflegeeinrichtungen werden zur Durchführung sowohl der ersten als auch der Wiederholungsimpfung durch mobile Impfteams angefahren. Im Vorfeld werden die notwendigen Aufklärungsunterlagen und Einverständniserklärungen übersandt und der Impftermin mit den Einrichtungen abgestimmt.

Die rechtlichen Betreuungen werden für die einzelnen zu impfenden Personen über die Einrichtungen informiert, die Informationsmaterialien sind über die örtlichen Betreuungsbehörden im Vorfeld an die Rechtsbetreuerinnen und -betreuer gesandt worden. In Kooperation mit der Kassenärztlichen Vereinigung gibt es zudem die Möglichkeit der telefonischen Aufklärung durch einen Arzt speziell für die rechtlichen Betreuerinnen und Betreuer.

C. Alternativen.

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/ Gender- Prüfungen

Keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen durch die die Beantwortung dieser Frage. Impfungen und Testungen betreffen Frauen und Männer grundsätzlich gleichermaßen, jedoch sind Frauen weit häufiger betroffen, da sie 68% der Bewohnerschaft stellen.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Der Antwortentwurf ist mit Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport vom 20.01.2021 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.